

Ein Kraut gegen Staatsschulden

BRIGITTE UNGER

„**P**flück ich Tausendguldenkraut, weil mir vor den Schulden graut“ – so hofft der Kabarettist Farkas, seine privaten Schuldensorgen zu bewältigen. Doch welches Kraut ist gegen Staatsschulden gewachsen? Staatsschulden werden heute als Krankheit des Staates gesehen, die kuriert werden muss. Staatsschulden werden als bedrohlich, als zu hoch erachtet.

Was hat sich verändert, seit der portugiesische Dichter Pinto im 18. Jahrhundert begeistert schrieb „Staatsschulden sind Goldminen“, weil staatliche Infrastruktur den Handel florieren ließ, oder seit der deutsche Ökonom von Stein im 19. Jahrhundert meinte „ein Staat ohne Staatschuld tut entweder zu wenig für die Zukunft oder er verlangt zu viel von der Gegenwart“?

Von den Merkantilisten des 18. Jahrhunderts über die Klassik, Neoklassik hin zu Keynes bis zur neuen klassischen Makroökonomie und Public Choice Theorie wandert das Pendel zwischen Staatsschuldeneuphorie und -angst hin und her entlang der Dogmengeschichte der ökonomischen Theorie.

Drei fundamentale Ansichten schieden die Geister und (bis vor Kurzem) den rechten vom linken politischen Flügel: Sind Staatsschulden dasselbe wie private Schulden? Oder ist der Staat aufgrund seines Steuermonopols und der makroökonomischen Effekte, die er auslösen kann, anders als ein privater Schuldner? Sind Staatsschulden überhaupt Schulden, wenn gesamtwirtschaftlich doch jeder Staatsschuldverbindlichkeit eine Vermögensanlage eines Staatsbürgers in Staatsschuldentitel gegenübersteht? Müssen Staatsschulden getilgt werden, oder sind sie ewige Schulden, die stets nur neu finanziert werden müssen? Belasten Staatsschulden diese oder die nächste Generation, oder sind sie keine Last? Linke meinten jeweils das Zweite. Sie folgten damit einem Zeitgenossen Keynes, dem Ökonomen Lerner, der zu Staatsschulden meinte „we owe it to ourselves – wir schulden sie uns selber“. Lerner vertrat die Auffassung, dass der Staat nur mit der einen Hand Kredite von seinen Bürgern aufnimmt, um mit der anderen Hand Staatsausgaben für seine Bürger zu tätigen, und daher niemanden belastet. Auch Zinsausgaben auf die Staatsschuld gingen nicht zulasten der nächsten Generation, weil sie zugleich ja auch Zinseinnahmen von Gläubigern der nächsten Generation seien.

Weswegen dann aber der einheitliche Horror vor Staatsschulden heute, der sowohl die Rechte wie auch die Linke zu beherrschen scheint? Staatsschulden sind heute nicht mehr Inlandsschulden. Der Großteil wird von ausländischen Anlegern gehalten. Damit fließen auch die Zinsen auf Staatsschulden ins Ausland, während die Steuern von den Inländern gezahlt werden müssen. Dies kann zu einer Belastung der zukünftigen Generation führen. Staatsschuldentitel sind einem regen Handel außerhalb der Kontrolle von Regierungen unterworfen und zum Spekulationsobjekt geworden. Vor allem im Zusammenhang mit Versicherungen, die auf die Zahlungsunfähigkeit eines Landes abgeschlossen werden (credit default swaps). Damit sind auch die Zinsen auf Staatsanleihen von Ratingagenturen abhängig geworden und nicht mehr steuerbar.

Staatsschulden als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigen, wenn die Zinsen über der Wachstumsrate der Volkswirtschaft liegen, denn damit wächst der Zähler der Staatsschuldenquote schneller als der Nenner, auch wenn die Staaten sparen und keine weiteren Defizite ausweisen. Als Ursache für steigende Staatsschulden werden heute aber vor allem steigende Staatsausgaben, teilweise als Folge der Finanzkrise, verantwortlich gemacht. Auch Verschwendungssucht und bürokratische Ineffizienz werden genannt.

De facto aber explodieren Staatsschuldenquoten historisch als Folge von Kriegsausgaben und/oder aufgrund zu hoher Zinsen. So haben jüngst die Spekulationen mit Staatsschulden für die meisten Euroländer die Schuldenprobleme erst verursacht, indem sie die Zinsen hinaufgetrieben haben. Nur wenige Länder, darunter Deutschland, erfuhren Zinssenkungen. Die Finanzkrise führte zu höheren Staatsausgaben für Kreditinstitute und zu Defiziten, die dann durch Spekulation zum Staatsschuldenproblem von Ratingagenturen hochgeratet wurden. Die Rettungsschirme, die Sparmaßnahmen als Kondition stellen, sind kein Heilkraut, denn sie werden die Wachstumsraten weiter senken und daher das Problem steigender Staatsschuldenquoten nicht lösen.

Das Kraut gegen Staatsschulden muss eines sein, das sie vor Spekulation schützt: Eurobonds, um Einzeleuroländer aus der Schusslinie der Ratingagenturen und Finanzmärkte zu nehmen. Verteuerung von Zahlungsausfallsderivaten oder Verbot derselben für Staatsschulden.

Wichtig ist es, die Aufmerksamkeit weg von den Ausgaben und hin zur Spiegelseite des Budgets zu lenken: die sinkenden Steuereinnahmen des Staates durch Steuerhinterziehung und -vermeidung. Seit 2006 sind die Steuereinnahmen in Prozent des BIP in der EU von 41 auf 39 % gesunken. Nicht nur die Rezession ist dafür verantwortlich. Die Elite zahlt ihre Steuern nicht mehr. Griechische Reeder, die ihr Geld ins Ausland schafften, Listen von deutschen und holländischen Steuerhinterziehern, die in Liechtenstein auftauchten, sind nur die Spitze des Eisbergs.

Die abnehmende Bereitschaft, dem Öffentlichen Sektor Raum zu geben, ihn zu finanzieren, seine Notwendigkeit anzuerkennen, ist das wahre Übel heute. Die Staatsschuldendebatte ist zu einer verdeckten Debatte um die Rolle des Staates schlechthin geworden. Daher sollte vor allem die Linke vorsichtig sein, wenn sie sich dafür hergibt, Staatsschulden zu verdammen. Staatsschulden waren immer nur ein Mittel der Wirtschaftspolitik, nie ein Ziel für sich, und sollten das auch bleiben. Und wie Japan zeigt, kann ein Land auch mit 200 % Staatsschulden existieren, ohne dass ihm vor den Schulden graut. ■

BRIGITTE UNGER, Prof. Dr., ist Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung und lehrt Public Sector Economics an der Universität Utrecht.

@ brigitte-unger@boeckler.de